

DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1987	421
Neue Tendenzen im sowjetischen Umweltschutz	427

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 31/87

Berlin

30. Juli 1987

54. Jahrgang

DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1987

Der Jahresbeginn 1987 brachte eine außerordentliche Kälteperiode, die das ganze erste Quartal über andauerte. Die Witterungsbedingungen schufen in der DDR besonders für die Energieversorgung und im Transportwesen große Probleme; die Wirtschaft kam so nur langsam in Gang. Nach der monatlichen Kurzberichterstattung der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (in „Neues Deutschland“) war das Wirtschaftswachstum in den ersten drei Monaten nur gering, in einigen Bereichen ging die Produktion sogar zurück. Erst gegen Ende des ersten Halbjahrs hatte die Produktion wieder Tritt gefaßt. Wenn angesichts dieser Zahlen offiziell dennoch eine Erfüllung und Übererfüllung der Pläne konstatiert wird, so dies, weil die ursprünglichen Ziele nachträglich herabgesetzt worden sind.

Aus dem Jahresplan für 1987 und dem Bericht der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über seine Durchführung im ersten Halbjahr¹ ergibt sich folgende Entwicklung der wichtigsten Kennzahlen (realer Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH):

	Plan 1987	Ist 1.Hj.1987
Produziertes Nationaleinkommen	4,5	3
Industrielle Warenproduktion (im Bereich der Industrieministerien)	4,6	4
Nettoproduktion (im Bereich der Industrieministerien)	9,0	6,4
Einzelhandelsumsatz (nominal)	4,0	3
Außenhandelsumsatz (nominal)	6,0	-4,2

Energiewirtschaft

Im Fünfjahrplanzeitraum 1981 bis 1985 ist der Primärenergieverbrauch nur um 0,2 vH jährlich gestiegen, und das bei einem Wachstum der Gesamtwirtschaft von

durchschnittlich jährlich 4,3 vH. Der Zuwachs an Primärenergie bis 1990 wurde in der Direktive zum Fünfjahrplan mit jährlich 1 vH festgesetzt; im endgültigen Fünfjahrplan ist offenbar mit noch weniger gerechnet worden. Inzwischen sind jedoch die leicht erreichbaren Möglichkeiten zur Energieeinsparung weitgehend ausgeschöpft. So gab es schon Ende 1986 Anzeichen für eine angespannte Energielage. Auf der 3. Tagung des ZK der SED im November 1986 hieß es², daß „es fast keine Sitzung des Politbüros gegeben hat, in der die Lage der Energiewirtschaft nicht eingeschätzt und notwendige Maßnahmen beschlossen worden sind“. Schon damals wurde konstatiert: „In Kohle/Energie haben wir in diesem Winter die bisher größte Bewährungsprobe zu bestehen“.

Die Stromversorgung scheint ein besonderer Engpaß geworden zu sein. Für den laufenden Fünfjahrplan ist eine Zunahme der installierten Leistung von weiteren 2500 MW vorgesehen (davon 1320 MW im Kernkraftwerk Nord), die jährliche Zunahme der Stromproduktion soll sich auf 2 vH belaufen. 1986 ist die Stromproduktion um 1,3 vH gestiegen. Für 1987 war ein Zuwachs von 3 vH geplant. Mitte Januar 1987 gab es aber einen Störfall im Kraftwerk Boxberg; die damit ausgefallene Kapazität (1000 MW) bedeutete einen zeitweiligen Verlust von 4 vH der installierten Leistung. Erst einer der beiden Blöcke ist inzwischen (Ende April) wieder ans Netz gegangen. Hinzu kamen die Kälte und die Transportprobleme. Die Wirtschaftsführung der DDR hatte offenbar damit gerechnet, die Strombilanz durch Einsparungen beim Verbrauch und durch höchste Auslastung der Elektrizitätswerke ausgleichen zu können. Dies ist wegen der Häu-

¹ Neues Deutschland vom 17. Juni 1987.

² Neues Deutschland vom 22./23. November 1986, S. 9.

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in der DDR
Zuwachs gegenüber der Vorjahreszeit in vH

	1985		1986		1987	
	1. Halbj.	Jahr	1. Halbj.	Jahr*	1. Halbj.*	Jahr
	Ist					Plan
Produziertes Nationaleinkommen	4,1	5,2	4,3	4,3	3,0	4,5
Industrie						
Warenproduktion ¹⁾	2,7	3,6	4,0	3,7	4,0	3,8
Bereich der Industrieministerien						
Warenproduktion	4,4	4,5	4,3	4,3	4,0	4,6
Nettoproduktion ²⁾	8,0	9,2	8,6	8,5	6,4	9,0
Arbeitsproduktivität ²⁾³⁾	7,3	8,7	8,6	8,8	6,8	8,6
Bauwirtschaft						
Bauproduktion ²⁾⁴⁾	4,4	2,6	.	3,0	2,0	3,3
Fertiggestellte Wohnungen ⁵⁾	102,7	212,2	105,1	215,7	101,6	210,1
Neubau) in	55,6	120,7	55,5	119,3	51,0	116,8
Modernisierung) 1000	47,1	91,5	49,6	96,4	50,6	93,3
Landwirtschaft						
Staatliches Aufkommen						
Schlachtvieh	7,3	5,3	2,5	2,6	2,0	-2,5
Milch	2,7	3,4	5,1	3,5	-0,6	-5,7
Eier	-2,8	-3,1	0,2	1,5	-0,9	-1,7
Viehbestand ⁶⁾	-0,1	-0,7	-0,4	-0,5	-1,7	.
Verkehr						
Gütertransportmenge im Binnenverkehr ⁷⁾	-1,2	0,5	-2,0	-1,0	.	.
Eisenbahn	3,6	3,1	0,0	-0,5	.	.
Binnenschifffahrt	-10,0	-5,3	10,0	6,3	.	.
Straßenverkehr	-3,8	-1,0	-2,9	-1,5	.	.
Elektrifizierte Eisenbahnstrecke ⁸⁾ (in km)	120	295	111	298	97	.
Einzelhandel, Umsatz⁹⁾	3,4	4,2	4,4	4,1	3,0	4,0
Nahrungs- und Genußmittel	2,3	2,8	2,6	2,7	.	.
Industriewaren	4,5	5,7	6,1	6,0	.	.
Außenhandel, Umsatz⁹⁾¹⁰⁾	5,2	3,6	-0,3	0,1	-4,2	6,0
Einfuhr	6,3	3,8	0,1	4,3	-4,8	.
Ausfuhr	4,2	3,4	-0,6	-2,1	-3,6	.
Saldo (in Mrd. VM)	+2,11	+6,79	+1,79	+1,04	+2,20	.
Nettogeldeinnahmen						
der Bevölkerung	3,0	4,0	4,6	4,5	4,0	4,0
Investitionen¹¹⁾	-2,9	3,7	8,5	5,3	0,0	-2,0

* vorläufige Angaben z.T. geschätzt.

¹⁾ Bis 1986 aus monatlichen Indexangaben errechnet; tatsächliches Ist, d.h. unter Rückrechnung der offiziellen — arbeitstäg-
lich bereinigten — Ursprungsdaten. — ²⁾ Jahr 1985 aus Indexangaben. — ³⁾ Basis Nettoproduktion. — ⁴⁾ Planzahl 1987 im
zentral- und örtlich geleiteten Bauwesen. — ⁵⁾ Leistung im jeweiligen Zeitraum. — ⁶⁾ Summe aus Kühen, sonstigen Rindern,
Schweinen, Schafen und Legehennen; jeweils Mai- bzw. November-Zählung; ermittelt auf der Grundlage des Großvieheinheiten-
Schlüssels der DDR. — ⁷⁾ Gütertransportmenge insgesamt, ohne Seeschifffahrt und zivile Luftfahrt; Halbjahresergebnisse z.T.
geschätzt. — ⁸⁾ Zugang im jeweiligen Zeitraum, wobei die Angaben in den Planerfüllungsberichten offenbar zu hoch ausge-
wiesen werden, denn im Statistischen Jahrbuch von 1986 ergibt sich z.B. als Nettozugang für 1985 nur eine Strecke von
202 km. — ⁹⁾ Jeweilige Preise. — ¹⁰⁾ Einschl. innerdeutschen Handel. — ¹¹⁾ Ohne Generalreparaturen; zu konstanten Preisen.
Werte für 1987 geschätzt.

Quellen: Statistische Jahrbücher der DDR. — Statistical indicators of short term economic changes in ECE countries, Genf. —
Volkswirtschaftsplan 1987 (GBI. der DDR, Teil I/1986, Nr. 36). — Planerfüllungsbericht 1986 (Neues Deutschland vom
19. Januar 1987). — Planerfüllungsberichte der 1. Halbjahre (zuletzt Neues Deutschland vom 17. Juli 1987). — Berech-
nungen und Schätzungen des DIW.

fung komplizierter Bedingungen nicht möglich gewesen. Die Stromproduktion war im ersten Halbjahr 1987 um 2,2 vH niedriger als in der gleichen Vorjahreszeit. Als Übergangslösung sind im ersten Halbjahr 1987 rund 1 Mrd. kWh Strom aus Österreich importiert worden. Aber auch damit war der Ausfall nicht wettzumachen. Das Stromverbundnetz des RGW war dagegen keine Hilfe. Gerade in kritischen Zeiten bringt dieser Verbund im allgemeinen keine Entlastung. Ein Stromverbund mit dem westeuropäischen Netz könnte derartige Engpässe, wie sie zu Beginn des Jahres aufgetreten sind, abbauen.

Die Produktion von Rohbraunkohle lag im ersten Halbjahr mit 153 Mill. t um rund 2 vH unter dem Vorjahresergebnis. Das war zwar in Anbetracht der Witterungsverhältnisse eine außergewöhnliche Leistung, befriedigte die Nachfrage jedoch nicht. Die Produktion von Braunkohlenbriketts ist schon seit Jahren nicht höher als rund 50 Mill. t/Jahr. 1975 ist festgelegt worden, daß die DDR jährlich 200 000 t Steinkohle oder Steinkohlenkoks aus der Bundesrepublik bezieht und ihren darüber hinausgehenden Bedarf ebenfalls vorrangig im innerdeutschen Handel deckt. So sind in den Monaten Januar bis April fast 600 000 t Steinkohle und Koks geliefert worden. Über den Verbrauch von Primärenergie im ersten Halbjahr gab der Planerfüllungsbericht keine Hinweise.

Unter diesen Umständen wurde die strenge Kälte zu einem außerordentlichen Problem für die DDR. Stromabschaltungen, ausgebliebene Transporte, Versagen von Fernheizungen und andere Störfälle waren an der Tagesordnung. Umfang und Folgen der Stromabschaltung und der Kürzung der Energiekontingente dürften größer gewesen sein, als dies in der Berichterstattung der DDR zum Ausdruck kommt.

Auf der 4. Tagung des ZK der SED im Juni 1987 wurde mitgeteilt³, daß das Politbüro „prinzipielle Schlußfolgerungen und Lehren aus dem Winter gezogen“ habe. Als Maßnahmen für eine stabile Produktion und Versorgung wurden genannt: Beseitigung aller erkannten Störquellen in den Braunkohlebetrieben, ausreichende Bevorratung, Erfüllung der Reparaturprogramme sowie termingerechte Inbetriebnahme der neuen Kapazitäten in den Kraftwerken, in erster Linie jedoch die Energieeinsparung. Schon im Oktober 1986 hatten das Politbüro und der Ministerrat ein „Volkswirtschaftliches Programm auf dem Gebiet der rationellen Energieanwendung 1986 bis 1990“ beschlossen. Es macht allen Betrieben und Kombinatn die Aufstellung eines einheitlichen Energieplans zur Pflicht. Inzwischen wurde die Planungsordnung entsprechend ergänzt (Wirksamkeit der Normen, Planung der rationellen Energieanwendung)⁴.

Entwicklung in der Industrie ...

Für die zentralgeleitete Industrie (im Bereich der Industrieministerien) wird im Planerfüllungsbericht für das erste Halbjahr über folgende wichtige Kennziffern be-

richtet: Industrielle Warenproduktion (+ 4 vH), Nettoproduktion (+ 6,4 vH), Produktion von Fertigerzeugnissen für die Bevölkerung (+ 3,8 vH). Zusätzlich gibt es Erfolgsmeldungen über die Senkung der Selbstkosten (1,3 vH), den Planvorsprung (1,2 Mrd. M bei der industriellen Warenproduktion) und den Umfang der Erzeugnisse mit dem Gütezeichen „Q“ (über 47 Mrd. M). Insgesamt hat die DDR-Industrie die im Jahresplan vorgesehenen Zuwachsraten nicht erreicht; der Rückstand ist jedoch angesichts des kalten Winters verständlich.

Die Problematik der Kennziffer Nettoproduktion ist an dieser Stelle schon dargestellt worden⁵. Die Art ihrer Ermittlung in der DDR macht sie zur Beschreibung des Wachstums ungeeignet: Sie enthält in unbekanntem Umfang Preiseffekte, reagiert stark auf Sortimentsveränderungen, außerdem werden — um die „Eigenleistung“ der Betriebe herauszuarbeiten — aus dem Produktionsverbrauch bestimmte Teile ausgegliedert⁶. Diese betreffen auch den außergewöhnlichen, z.B. klimatisch bedingten, Mehrverbrauch von Vorleistungen. Die hohe Zuwachsrate der Nettoproduktion im ersten Halbjahr ist mithin nicht identisch mit einer tatsächlichen Erhöhung der Wertschöpfung der Betriebe.

Die Zahl der Beschäftigten in der Industrie war 1986 erstmals leicht rückläufig; diese Entwicklung hat sich 1987 fortgesetzt. Auch in der Bauwirtschaft ist die Zahl der Beschäftigten zurückgegangen, und zwar schon seit 1983. Demgegenüber hat die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft, im Verkehr und im Handel zugenommen. Innerhalb der Industrie hat es Umschichtungen gegeben: Seit 1980 stieg die Beschäftigung am stärksten in den beiden besonders geförderten Bereichen Energie sowie Elektrotechnik/Elektronik /Gerätebau; eine nur schwache Zunahme — teilweise sogar einen Rückgang — verzeichneten die Lebensmittel-, Leicht- und Textilindustrie.

Die Entwicklung nach Industriebereichen wird nur für die Nettoproduktion nachgewiesen. Aus den monatlichen Kurzberichten der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik geht hervor, daß die besonders witterungs- oder energieabhängigen Industriebereiche Kohle, Chemie, Glas/Keramik im Januar einen Rückgang bei der Nettoproduktion hatten. In der chemischen Industrie kam es zu Beginn des Jahres zu Produktionsausfällen in den Freianlagen der Grundchemie, außerdem traten technische Störungen auf. Die Nettoproduktion erhöhte sich hier im ersten Halbjahr nur um 2 vH (Planziel 1987: 12 vH);

³ Neues Deutschland vom 19. Juni 1987, S. 3 ff.

⁴ Anordnung Nr. 3 über die Ergänzung der Ordnung der Planung der Volkswirtschaft der DDR 1986 bis 1990. In: GBl. der DDR, Teil I/1987, S. 67 ff.

⁵ Vgl. Zur Lage der DDR-Wirtschaft an der Jahreswende 1986/87. Bearb.: Doris Cornelsen. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 5/1987, S. 57 ff.

⁶ Autorenkollektiv: Leistungsbewertung. Methode zur Leitung der umfassenden Intensivierung. Blickpunkt Wirtschaft 1/1987. S. 63.

außerdem sind die Selbstkosten — entgegen den Planvorgaben — gestiegen.

Für die meisten Industriebereiche werden besondere Leistungen bei der Produktion hochwertiger und moderner Erzeugnisse hervorgehoben. Besonders betont werden die Erfolge bei der Entwicklung der „Schlüsseltechnologien“. Die Zuwachsraten bei mikroelektronischen Bauelementen, Computern und Zubehör sind beachtlich. Der Bestand an CAD/CAM-Arbeitsstationen erhöhte sich auf 31 000 (von 24 700 Ende 1986); die Zahl der eingesetzten Industrieroboter ist auf 73 000 gestiegen (von 69 000 Ende 1986). Daß dies im Gesamtwachstum noch nicht durchschlägt, liegt daran, daß diese Anlagen bisher erst einen geringen Anteil an der gesamten Industrieproduktion haben. Außerdem liegen sie ihrer Leistungsfähigkeit nach im Durchschnitt unter dem westlichen Standard.

Auf der 4. Tagung des ZK der SED im Juni 1987 wurde mitgeteilt, daß das Politbüro Aufgaben zur Entwicklung des Landmaschinenbaus bis 1990 und darüber hinaus beschlossen habe. Produzent von Landmaschinen ist das Kombinat „Fortschritt Landmaschinen“ mit 35 Betrieben und rund 60 000 Beschäftigten. Es galt lange Zeit als ein Kombinat mit guten Leistungen und internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Der Hauptabnehmer ist die Sowjetunion. 1983 wurde berichtet, daß mit den sowjetischen Partnern die Zusammenarbeit bis 1990 abgestimmt worden ist⁷. Damals stand im Vordergrund, die Technik weiterzuentwickeln, das Gewicht der Erzeugnisse zu verringern, die Leistungsfähigkeit zu erhöhen und den Energieverbrauch zu senken. Dieses Programm ist offenbar nicht zufriedenstellend erfüllt worden. 1985 gehörten die Schwadmäher zu den Produkten, die als Beispiel von Materialverschwendung benannt worden sind⁸. Im Planerfüllungsbericht für das erste Halbjahr 1987 werden zwar die hohen Zuwachsraten bei Mähdreschern und Kartoffelerntemaschinen hervorgehoben. Der Produktionszuwachs bei Maschinen und Ausrüstungen für die Bodenbearbeitung sowie Traktoren wird jedoch als nicht ausreichend bezeichnet. Auf dem XIII. Bauernkongreß im Mai 1987 kam deutliche Kritik an den Leistungen des Landmaschinenbaus zum Ausdruck⁹. Es ist nicht auszuschließen, daß der mutmaßlich sichere Absatzmarkt Sowjetunion auch dieses Kombinat zu sorglos gemacht hat und die technischen Neuerungen vernachlässigt worden sind. Jetzt aber sind die Qualitätsansprüche überall schärfer geworden.

... und in den sonstigen produzierenden Bereichen

In der Bauwirtschaft blieben Bruttoproduktion (+ 2 vH) und Nettoproduktion (+ 3,8 vH) unter den Planansätzen für 1987 (3,3 vH bzw. 5,6 vH). Der spezifische Verbrauch von Zement ist planmäßig gesenkt worden (5 vH), bei Walzstahl war die Reduzierung (3 vH) geringer als geplant (6,4 vH). In der Bauindustrie betrug die Wachstumsrate bei Rekonstruktionsmaßnahmen und Baureparaturen

5,5 vH; der Anteil an der Bauproduktion erhöhte sich auf 26 vH (1986: 25 vH).

Im Wohnungsbau sind 51 100 Wohnungen neu gebaut worden, 50 600 Wohnungen wurden modernisiert. Der Schwerpunkt verlagerte sich weiter auf die Modernisierung, insbesondere in den Innenstädten. Der Plan der Baureparaturen wurde übererfüllt. Auf der 4. Tagung des ZK der SED wurde ein Beschluß des Politbüros zur Durchführung des Wohnungsbaus 1986 bis 1990 erwähnt. In diesem Fünfjahrplanzeitraum befindet sich die DDR in der letzten Phase des umfangreichen Wohnungsbauprogramms von 1973. In allen fünf Jahren zusammengekommen sollen noch 1 064 000 Wohnungen fertiggestellt werden, davon 600 000 im Neubau, die übrigen als Modernisierung. Zahlenmäßig sind dann die ursprünglichen Planungen erfüllt; es bleibt jedoch die Aufgabe, den Altbestand zu sanieren. Zum Inhalt des neuen Beschlusses heißt es lediglich, die Mittel sollten konzentriert eingesetzt werden. Möglicherweise soll der Anteil der Modernisierung zu Lasten des Neubaus weiter verstärkt werden.

Der wirtschaftliche Erfolg der Landwirtschaft ist im ersten Halbjahr lediglich an den „tierischen Leistungen“ zu beurteilen. Nach dem Planerfüllungsbericht wurde das staatliche Aufkommen in allen Positionen übererfüllt. Die Tierbestände entwickelten sich planmäßig, dabei sind die Schweinebestände um rund 5 vH zurückgegangen. Besonders herausgestellt wird, daß es bei den Leistungen der Tierbestände und in der Futterökonomie Verbesserungen gegeben habe. Der XIII. Bauernkongreß legte in seinem Beschluß den Vorrang der Pflanzenproduktion und die Intensivierung der Viehwirtschaft fest.

Im Verkehrswesen ist der Straßengütertransport weiter eingedämmt worden. Die Transportmenge wurde um 2 vH reduziert. Für die Leistungen der Eisenbahn fehlt ein Vorjahresvergleich. Fest steht, daß die ohnehin bei der Eisenbahn bestehenden Probleme durch den kalten Winter verschärft worden sind. Gemeldet wird, daß große Anstrengungen „zur Erhöhung der Stabilität des Gleisnetzes und zum Abbau der Befahrbarkeitseinschränkungen“ unternommen worden sind.

Verteilung und Verwendung

Die Nettogeldeinnahmen insgesamt stiegen laut Planerfüllungsbericht um 4 vH. Vom Mai 1987 an ist in der DDR das Kindergeld erheblich erhöht worden. Für das erste Kind gibt es seitdem 50 Mark (vorher 20 M), für das zweite Kind 100 Mark (vorher 20 M), für das dritte und jedes weitere Kind 150 Mark (vorher 100 M). Dafür wird ein jährlicher Mehraufwand von rund 2 Mrd. M veranschlagt.

⁷ Presse-Informationen vom 15. Mai 1984, S. 3.

⁸ Neues Deutschland vom 21. Juni 1985, S. 3 ff.

⁹ Neues Deutschland vom 22. Mai 1987, S. 3f.

Das Angebot des Einzelhandels ist durch die Probleme bei der Produktion nicht unberührt geblieben. Der Einzelhandelsumsatz erhöhte sich um 3 vH. Eine Aufteilung auf die großen Gruppen — Nahrungs- und Genußmittel sowie Industrieerzeugnisse — fehlt; es wurde lediglich festgestellt, daß die Warenbereitstellung von Nahrungs- und Genußmitteln weiter gesteigert worden ist, die Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs stabil war und das Angebot an neuen industriellen Konsumgütern erhöht wurde.

Großer Wert wird seit einiger Zeit auf die Entwicklung der Dienstleistungen gelegt. In diesem Zusammenhang werden der private Handel und das private Handwerk wieder gefördert. Der Planerfüllungsbericht weist ausdrücklich darauf hin, daß im ersten Halbjahr 1987 rund 2 000 Gewerbe genehmigungen für neue Handwerksbetriebe erteilt worden sind.

Die Investitionen der gesamten Volkswirtschaft zu laufenden Preisen werden mit 30 Mrd. M angegeben, das ist etwas mehr als im ersten Halbjahr 1986 (29 Mrd. M). Zu Preisen von 1985 gerechnet bedeutet dies Stagnation.

Bei der Investitionsfinanzierung gibt es eine Veränderung; die Einführung des eigenverantwortlich zu erwirtschaftenden und zu verwendenden Investitionsfonds¹⁰, der auch von der Wirtschaftsführung der DDR groß herausgestellt worden ist. Die Zuführungen an diesen Fonds bestehen aus einem normativ festgelegten Teil der Abschreibungen und des Nettogewinns. Die Mittel können auch durch Kredite aufgestockt und in eigener Verantwortung für Projekte jeweils im Wert von maximal 5 Mill. M verwendet werden, und zwar vornehmlich im eigenen Rationalisierungsmittelbau. Für Investitionen außerhalb des Eigenbaus greift wieder die staatliche Kontrolle ein. Neu ist, daß die reglementierende Planung und Verteilung der Investitionen durch die Erwirtschaftung eigener Investitionen ergänzt wird. Vor Erlass dieses Gesetzes gab es eine viel beschränktere Möglichkeit der Investitionsfinanzierung aus Mitteln des Leistungsfonds. Dieser Fonds dient jetzt nur noch sozialen und kulturellen Zwecken.

Aspekte des Außenhandels

Der Planerfüllungsbericht nennt zum Thema Außenhandel lediglich den Umsatz (Export + Import = 83 Mrd. Valutamark¹¹, VM) und einen Exportüberschuß von insgesamt 2,2 Mrd. VM. Auf der Basis der Statistik der ECE für das erste Halbjahr 1986¹² ergibt sich daraus ein Umsatzrückgang von 4 vH: Die Ausfuhr der DDR ist um knapp 4 vH gesunken, die Einfuhr um knapp 5 vH.

Der größte Teil des kurzen Abschnitts über den Außenhandel ist der Verflechtung zwischen der Sowjetunion und der DDR auf der Basis des „Langfristigen Programms der Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR auf dem Gebiet von Wissenschaft, Technik und Produktion für den Zeitraum bis zum Jahre 2000“ ge-

widmet. Dieses im Oktober 1984 vereinbarte Programm sieht eine Kooperation in praktisch allen Wirtschaftsbereichen vor. 170 Regierungs- und Ministerabkommen sowie 33 Zweigprogramme sind inzwischen abgeschlossen worden; der Planerfüllungsbericht betont besonders die Fortschritte auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik, ohne dazu im einzelnen Ausführungen zu machen. Im November 1986 hat die DDR mit der UdSSR ein Abkommen über die direkten wissenschaftlich-technischen Produktionsbeziehungen zwischen den Betrieben beider Staaten abgeschlossen. Eine weitere Vereinbarung regelt die Bildung „gemeinsamer Kollektive von Spezialisten“. Auch hier wurden im Anschluß an das Abkommen zahlreiche Vereinbarungen (annähernd 100) getroffen. Die Bildung gemeinsamer Betriebe, die — wie die Direktbeziehungen — ein wesentlicher Punkt im Komplexprogramm des RGW vom Dezember 1985 sind, wird offenbar auch weiter vorangetrieben. Wie verlautet, sind in beiden Ländern jeweils zwei solcher Betriebe vorgesehen.

Details über die Außenhandelsentwicklung sind im Planerfüllungsbericht wiederum spärlich. Genannt wird nur noch der Umsatz mit dem sozialistischen Wirtschaftsgebiet (57 Mrd. VM). Die Statistik der Partnerländer ist für das Jahr 1987 bisher noch nicht im ausreichenden Umfang vorhanden, so daß kein vernünftiges Bild über den Außenhandel gezeichnet werden kann.

Nur über den innerdeutschen Handel liegen Daten vor. Von Januar bis Juni haben die Lieferungen der Bundesrepublik Deutschland stagniert, die Bezüge sanken um 10 vH. Erlöseinbußen für die DDR gab es insbesondere zu Jahresbeginn, weil damals die Einnahmen aus den Lieferungen von Mineralölprodukten wegen der im Vorjahresvergleich niedrigen Ölpreise gesunken waren. Inzwischen haben sich die Energiepreise gefestigt. Der Umsatzrückgang ist von Monat zu Monat kleiner geworden. Das Jahresergebnis wird mithin durch Zuwachsraten im zweiten Halbjahr verbessert werden.

Zur Weiterentwicklung des Wirtschaftsmechanismus

Auf sowjetische Reformansätze hat die DDR bisher offiziell sehr reserviert reagiert. Kennzeichnend dafür ist u.a. das Referat von Erich Honecker auf der traditionellen Beratung des Sekretariats des ZK der SED mit den 1. Sekretären der Kreisleitungen¹³. Honecker hob dabei das hohe

¹⁰ Anordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des eigenverantwortlich zu erwirtschaftenden und zu verwendenden Investitionsfonds. In: GBl. der DDR, Teil I/1987, S. 15 ff.

¹¹ Die Valutamark (VM) ist eine künstliche Recheneinheit zum Ausweis des Außenhandels der DDR. Die Relation der VM zur Binnenwährung ist nicht bekannt. Gegenüber anderen Währungen wird sie über den Transfer-Rubel ermittelt.

¹² Economic Commission for Europe: Statistical indicators of short term economic changes in ECE countries (monatlich).

¹³ Neues Deutschland vom 7./8. Februar 1987, S. 3 ff.

Leistungsniveau der DDR-Wirtschaft hervor („beispielhafte Leistungen unserer Volkswirtschaft“) und betonte: „Das System unserer sozialistischen Planwirtschaft funktioniert gut, ist leistungsfähig und flexibel“.

In der Tat ist die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft — verglichen mit den anderen Planwirtschaften des RGW — hoch. Einzuräumen ist auch, daß die DDR ständig versucht, Schwachstellen des Wirtschaftsmechanismus zu reparieren. Insbesondere seit Beginn der achtziger Jahre, nach der Kombinatbildung, ist eine wahre Flut von Änderungen vorgenommen worden¹⁴. Ganz offenbar verlagert sich der Schwerpunkt der neuen Maßnahmen inzwischen auf die indirekte Steuerung: Wirtschaftliche Rechnungsführung, einschließlich der Eigenerwirtschaftung der Mittel, mit den Kategorien Kosten, Preis, Gewinn, Kredit und Zins. Die schrittweise Weiterentwicklung der indirekten Steuerung fand ihre vorläufig letzte Ausprägung in dem neuen Gesetz über den Investitionsfonds. Dieses Gesetz tritt 1988 in Kraft und soll schon jetzt bei der Planausarbeitung zugrunde gelegt werden. Auf der 4. Tagung des ZK der SED im Juni 1987 wurde außerdem mitgeteilt, daß 17 Kombinate der Industrie „das Prinzip der Eigenerwirtschaftung umfassend anwenden“ sollen¹⁵. Wie aus anderen Anmerkungen hervorgeht, ist dabei auch die Außenhandelstätigkeit eingeschlossen, d.h. die freie Verwendung eines Teils des Valutaaufkommens für Importe. Vier Kombinate sollen dem Vernehmen nach als Experimentierkombinate bereits jetzt in diesem Sinne arbeiten. Vorgesehen ist außerdem, zu mehrjährigen Normativen bei der Nettogewinnabführung überzugehen. Bisher wird die Nettogewinnabführung vor Beginn des Planjahrs als absoluter Betrag vorgegeben, eine Praxis, die den Betrieben eine längerfristige Strategie unmöglich macht.

Bis zu einer echten Eigenfinanzierung ist allerdings noch ein weiter Weg. In der Sowjetunion ist in diesem Zusammenhang vorgesehen, daß alle Aufwendungen eines Unternehmens einschließlich der Investitionen mit Eigenmitteln und Krediten zu finanzieren sind. Unrentable Betriebe sollen zunächst weitere Subventionen erhalten, jedoch in einem von Jahr zu Jahr sinkenden Umfang. Eine Liquidation von Betrieben wird nicht ausgeschlossen¹⁶. Ein ähnliches Unterfangen ist in der DDR bisher noch

nicht in Sicht. Die Entwicklung des Staatshaushalts zeigt im Gegenteil ein undurchdringliches Dickicht von Subventionen und Stützungen für die Betriebe, das sich von Jahr zu Jahr ausdehnt.

Eine wesentliche Voraussetzung für eine Neuorientierung wäre die Reform des Preissystems. Zwar hat die DDR seit 1976 fast ständig Veränderungen in der Preisbildung vorgenommen. Die Preise werden jedoch immer noch überwiegend administrativ festgesetzt. Die auf großen Kombinaten beruhende Wirtschaftsstruktur läßt auf dem Binnenmarkt auch keine andere Lösung zu, weil die Kombinate für ihre Produkte fast durchweg ein Angebotsmonopol haben¹⁷. Bei dieser Struktur ist eine Preisbildung im Wettbewerb zwischen den verschiedenen Unternehmen ausgeschlossen. Der am Markt gebildete Preis steht damit als Steuerungsinformation für die Volkswirtschaft nicht zur Verfügung. Auch die Anreizfunktion des Wettbewerbs fehlt. Deshalb setzt die DDR auf die Bilanzierung („Herzstück der Planung“) und auf die verbindlichen Jahrespläne; sie hat ihr System zwar immer wieder „in kleinen Schritten“ verbessert, aber nicht grundlegend verändert. Solange keine überzeugenden Erfolge aus den anderen RGW-Ländern vorliegen, wird die Wirtschaftsführung der DDR vermutlich auch keinen Anlaß zu grundlegenden Reformen sehen.

¹⁴ Vgl. Doris Cornelsen, Manfred Melzer, Angela Scherzinger: DDR-Wirtschaftssystem: Reform in kleinen Schritten. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. Heft 2/1984.

¹⁵ Dazu wurden besonders wichtige und leistungsstarke Kombinate ausgesucht, z.B.: Carl Zeiss Jena, VEB Kombinat Robotron Dresden, VEB Kombinat Mikroelektronik Erfurt, VEB Qualitäts- und Edelstahlkombinat Brandenburg, VEB Strumpfkombinat Esda Thalheim, VEB Petrochemisches Kombinat Schwedt, VEB Kombinat Nachrichtenelektronik Berlin, VEB Kombinat Polygraph „Werner Lamberz“ Leipzig.

¹⁶ Wirtschaftsreformen in der UdSSR: Stand und Perspektiven. Bearb.: Ulrich Weißenburger und Heinrich Machowski. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 9/1987, S. 113 ff.

¹⁷ Selbst in sowjetischen Fachpublikationen werden „negative Folgen“ durch die „Monopolisierung der Produktion im Rahmen einzelner Kombinate“ in der DDR konstatiert. Vgl. *Ekonomicheskie nauki*, Nr. 5/1987, S. 95.

Neue Tendenzen im sowjetischen Umweltschutz

Die Forderung nach „Glasnost“ hat sich auch auf die Berichterstattung zum Umweltschutz in der UdSSR positiv ausgewirkt. Zunehmend enthalten die Zeitungen Berichte über Umweltprobleme. Selbst Zahlen zum Ausmaß der Luft- und Gewässerverschmutzung in einzelnen Regionen oder durch bestimmte Branchen, die bislang allenfalls in wissenschaftlichen Veröffentlichungen zu finden waren, sind für die Presse nicht mehr tabu. Gleichzeitig wächst offenkundig die Entschlossenheit, die Einhaltung der Umweltschutzgesetze gegenüber den Ministerien und Betrieben durchzusetzen: Die Justiz verfolgt Umweltdelikte mit größerem Nachdruck, zahlreiche hohe Wirtschaftsfunktionäre wurden wegen der Vernachlässigung des Umweltschutzes in ihrem Verantwortungsbereich gerügt, am Baikalsee und am Ladoga-See sollen zwei Zellulosewerke wegen der bedrohlichen Wasserverschmutzung ihr Produktionssortiment umstellen und die Herstellungsverfahren umweltverträglicher gestalten. Verbesserungen im Umweltschutz erhofft man sich von einer Kompetenzverlagerung auf die Regionen. In allen Unionsrepubliken werden Staatskomitees gebildet, die für den Umweltschutz und die Regulierung der Nutzung von Naturressourcen zuständig sind. Große Bedeutung wird der Ausarbeitung langfristiger regionaler Umweltprogramme beigemessen. Um die Betriebe zu einem umweltgerechteren Verhalten zu veranlassen, ist neuerdings der Ersatz der verursachten Umweltschäden durch den Verursacher gesetzlich vorgesehen, was allerdings in der Praxis rasch an Grenzen stoßen dürfte. Mit der Gründung der an „Greenpeace“ orientierten Vereinigung „Grüner Frieden“ beim Komitee für Friedenssicherung ist im Juni 1987 eine parteiunabhängige, ökologisch orientierte Organisation entstanden. Durch ein neues Gesetz sollen die Bürger an der Entscheidung auch über Umweltfragen stärker beteiligt werden.

Gewässerschutz: Dringender Handlungsbedarf

Nach offiziellen Angaben wurden 1986 15 Mrd. m³ Abwasser, deren Schadstoffbelastung die zulässigen Werte überstieg, in die Gewässer eingeleitet; dies waren 0,8 Mrd. m³ weniger als 1985¹. Die Aussagekraft dieser Angaben ist jedoch begrenzt: Sie sagen nichts über den Verschmutzungsgrad, und es ist außerdem zu bezweifeln, daß alle relevanten Einleiter erfaßt sind.

Insgesamt gewährleistet ein Drittel der vorhandenen Kläranlagen nicht die Reinigung der Abwässer entsprechend den vorgeschriebenen Normen. Berichte über einen unzureichenden Gewässerschutz finden sich für nahezu alle Regionen des Landes. Die Wasserqualität des Don, des Ob, des Irtysh und der Kama hat sich sogar erklärtermaßen verschlechtert. Die Schwermetallbelastung des Ob steigt ständig². In Armenien nahm die Einleitung verschmutzter Abwässer 1986 um 35 vH zu. In Erewan, der Hauptstadt dieser Republik, haben 30 Unternehmen überhaupt keine Kläranlage, in 2 sind sie außer Betrieb, in 16 arbeiten sie ineffektiv. Jährlich gelangen hier 18 Mill. m³ gänzlich ungeklärte Abwässer in den Fluß Rasdan³.

Besonders stark sind die Gewässer in der südlichen Ukraine belastet. Vor allem zahlreiche kleinere Flüsse sind wegen ihrer Verunreinigung durch Schadstoffe und Bakterien dringend sanierungsbedürftig. Der Dnjestr gilt an einigen Abschnitten als biologisch tot. Allein durch die in Krivoj Rog ansässigen Unternehmen wird er jährlich mit 150 Mill. m³ Abwässer verschmutzt. Im Gebiet von Saporoschje wurde 1986 eine Verunreinigung des Flusses u.a. mit 3 500 t Schwebstoffen, über 180 t Eisen, 20 t Nickel, 16 t Erdölprodukten und 2 t Phenol registriert. Ähnlich ist die Situation im Donezbecken, z.B. im Bezirk

von Donezk, wo die Industrie jährlich über 90 Mill. m³ verschmutzte Abwässer in die Gewässer einleitet. Bei Kontrollen erwiesen sich 1986 die Kläreinrichtungen in allen Betrieben der ukrainischen Eisenhüttenindustrie als nicht voll funktionstüchtig. In mehreren Kombinat dieser Branche werden die Abwässer überhaupt nicht gereinigt. Selbst neue Anlagen wurden ohne Klärvorrichtungen in Betrieb genommen. Eine bedeutende Wasserverschmutzung geht auch von der Chemie aus. Sorgen bereitet die starke Versalzung der Gewässer durch die Grubenwasser des Kohle- und Erzbergbaus⁴.

Konsequenzen wurden wegen der Verschmutzung des Ladoga- und des Baikalsees gezogen. Im Oktober 1986 legten die Gesundheitsbehörden ein Zellstoffwerk am Ladoga-See still. Seine völlig ungereinigten Abwässer (58 Mill. m³/Jahr) hatten die Trinkwasserversorgung Leningrads bedroht. Zwei Trinkwasserentnahmestellen der Stadt Priosjorsk mußten geschlossen werden, weil das Wasser mit toxischen und krebserregenden Stoffen verseucht war⁵. Das ZK beschloß im Mai 1987, die Fabrik bis Ende 1988 auf solche Produkte umzustellen, deren Er-

¹ Vgl. Pravda vom 5. Juni 1987. Eine Zahl zum Umfang der verschmutzten Abwässer war zuletzt für 1980 genannt worden (17,6 Mrd. m³). Von 1980 bis 1985 wurde im Statistischen Jahrbuch der UdSSR ihre Reduzierung um mehr als 20 vH konstatiert, was mit den jetzt veröffentlichten Zahlen nicht vereinbar ist.

² Vgl. Pravda vom 5. Juni 1987 und 11. Juli 1987.

³ Vgl. Izvestija vom 20. Mai 1987 und Pravda vom 4. Juni 1987.

⁴ Vgl. Gigiena i sanitarija 1986. Nr. 9, S. 14 ff.; Socialističeskaja industrija vom 22. April und 15. Mai 1987; Izvestija vom 13. Mai 1987; Pravda vom 23. Mai 1987; Pravda Ukrainy vom 5. Juni 1987.

⁵ Vgl. Pravda vom 11. November 1986 und 6. April 1987; Socialističeskaja industrija vom 27. November 1986; Priroda i celovek 1987. Nr. 3, S. 16 ff.

zeugung umweltfreundlicher ist. Der zuständige Minister erhielt wegen der Vernachlässigung des Gewässerschutzes einen Verweis. Scharf gerügt wurde auch, daß in zahlreichen anderen am Ladoga-See ansässigen Unternehmen, insbesondere der Zellulose- und Papierindustrie, der Eisen- und Buntmetallverhüttung, der Chemie und der Landwirtschaft, Kläreinrichtungen unzureichend sind oder fehlen⁶.

Der Baikalsee, der größte Süßwassersee der Erde, war in den letzten zwanzig Jahren Gegenstand mehrerer Partei- und Regierungsbeschlüsse. Obwohl hier viel in den Umweltschutz investiert wurde, sind die Gefahren für den See unvermindert groß. Seine einzigartige Tier- und Pflanzenwelt ist extrem empfindlich gegen Verschmutzung. Wegen des äußerst geringen Wasseraustauschs kann sich die Wasserqualität selbst bei einer Reduzierung der Schadstoffeinträge verschlechtern.

Zwar wurden 1985 84 vH der in den See geleiteten Abwässer vorschriftsgemäß gereinigt, ein für die UdSSR hoher Wert. Der verbleibende Umfang unzulässig verschmutzter Abwässer (123 Mill. m³) ist dennoch beträchtlich. Fast 70 vH davon entfallen trotz moderner Umwelttechnologie auf das „Baikal-Zellulose- und Papierkombinat“⁷. Es war seit seinem Bau in den sechziger Jahren umstritten, und „jetzt ist selbst jedem Dummkopf klar, daß man es nicht hätte bauen dürfen“ (Gosplan-Chef Talyzin)⁸. Auf Beschluß des ZK soll es während der Planperiode 1991 bis 1995 in eine Möbelfabrik umgewandelt werden. Ein anderes Zellulosewerk am Baikalsee, das Selenga, wird mit einem geschlossenen Wasserkreislaufsystem ausgerüstet. Der stellvertretende Branchenminister wurde entlassen⁹. Strittig ist der Bau einer Rohrleitung zu einem Nebenfluß des Baikalsees, der Angara, in den als Übergangslösung die Abwässer des Baikalkombinats geleitet werden sollen. Kritisiert werden die Verschmutzung dieses Flusses und die daraus resultierende Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung, die mit dem Trassenbau verbundene Landschaftszerstörung, das Störfallrisiko und die hohen Kosten des Projekts. Überdies wird der Verdacht geäußert, daß damit die Umstrukturierung des Kombinats verzögert werden soll. Die Entscheidung zugunsten des Baus scheint jedoch gefallen zu sein¹⁰.

Nach dem Beschluß des ZK, die Planungen zur Umleitung eines Teils der nordeuropäischen und sibirischen Flüsse nach Süden einzustellen¹¹, sind Maßnahmen zur Senkung des Wasserverbrauchs in Industrie und Landwirtschaft unaufschiebbar geworden. Besonders groß ist der Handlungsbedarf in den zentralasiatischen Republiken: Wenn keine Gegenmaßnahmen getroffen werden, wird der Aralsee bis zum Jahr 2010 austrocknen. Der Wasserspiegel dieses Binnenmeeres sinkt jährlich um fast 40 cm, insgesamt ist sein Niveau mittlerweile um 12 m gefallen. Noch bis 1960 betrug der Wasserzufluß aus den beiden größten zentralasiatischen Flüssen, Amudarja und Syrdarja, 60 Mrd. m³ im Jahr; jetzt sind es nur

noch 1 bis 5 Mrd. m³. Mindestens 25 Mrd. m³ wären für ein Überleben des Sees notwendig. Die Syrdarja erreicht den Aralsee seit 1978 überhaupt nicht mehr, die Amudarja nur noch im Winter als ein mit Pestiziden, Salzen und Mineraldünger belastetes Rinnsal¹².

Nach Meinung sowjetischer Fachleute könnten in der Volkswirtschaft der UdSSR jährlich 85 bis 130 Mrd. m³ Frischwasser eingespart werden, dies sind 30 bis 45 vH des Verbrauchs im Jahre 1985¹³. Allein die für Bewässerung in Anspruch genommene Menge gilt als um 40 Mrd. m³ überhöht¹⁴. In Zentralasien wäre es Schätzungen zufolge möglich, den Wasserverbrauch durch eine Rekonstruktion der Bewässerungssysteme und eine Verbesserung der Bewässerungstechnik um 22 Mrd. m³ zu senken¹⁵. Es ist aber sicher, daß die Wasservergeudung nicht allein durch Investitionen eingedämmt werden kann, sondern daß dazu auch eine Bewußtseinsänderung der Verbraucher gehört.

Derzeit muß nur die Industrie ihren Wasserverbrauch bezahlen, doch sind die Tarife sehr niedrig. Die Nutzung in der Landwirtschaft ist, von regionalen Experimenten abgesehen, unentgeltlich. Die Entschließung des ZK-Plenums zur Wirtschaftsreform vom Juni 1987 sieht die Einführung einer Abgabe für Naturressourcen (Boden, Wasser, Bodenschätze) für die gesamte Wirtschaft vor. Auch das vom Obersten Sowjet verabschiedete Gesetz über das staatliche Unternehmen legt die Pflicht zur Zahlung dieser Abgabe fest¹⁶. Sie gibt aber nur dann einen Anreiz für eine sparsamere Wassernutzung, wenn sie verbrauchsabhängig gemacht wird und den Gewinn der Betriebe spürbar tangiert.

Luftverschmutzung: Grenzwerte weit überschritten

Nach offiziellen Angaben sind die industriellen Schadstoffemissionen 1986 um 1,8 Mill. t¹⁷ zurückgegangen. Der absolute Umfang wird nicht angegeben. Folgt man den Daten des Statistischen Jahrbuchs über ihren Rück-

⁶ Vgl. Izvestija vom 29. Mai 1987.

⁷ Vgl. Vestnik statistiki 1986. Nr. 11, S. 55.

⁸ Zitiert nach Pravda vom 11. März 1987.

⁹ Vgl. Pravda vom 10. Mai 1987 und 16. Mai 1987.

¹⁰ Vgl. Sovetskaja Rossija vom 17. Juni 1987 und 1. Juli 1987; Socialisticeskaja Industrija vom 21. Juni 1987; Pravda vom 22. Juni 1987.

¹¹ Vgl. Izvestija vom 20. August 1986.

¹² Vgl. Literaturnaja gazeta 1986. Nr. 48, S. 11; Socialisticeskaja Industrija vom 14. Juni 1987; Izvestija vom 23. Juni 1987; Ekonomiceskaja gazeta 1987. Nr. 29, S. 24.

¹³ Vgl. Vodosnabzenie i sanitarnaja tehnika 1987. Nr. 1, S. 3.

¹⁴ Vgl. Ekonomiceskaja gazeta 1987. Nr. 16, S. 10.

¹⁵ Vgl. Geografija i prirodnye resursy 1986. Nr. 4, S. 45.

¹⁶ Vgl. Pravda vom 27. Juni und 1. Juli 1987.

¹⁷ Vgl. Pravda vom 5. Juni 1987.

Umweltschutzzinvestitionen und Umweltschutzmaßnahmen in der Sowjetunion

	1976 – 1980 ¹⁾	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
Staatliche Umweltschutzzinvestitionen, Mill. Rubel, Preise 1984	2 165	2 207	2 144	2 154	2 050	2 285	2 486	2 389
darunter:								
— Maßnahmen zum Schutz und zur rationellen Nutzung der Wasserressourcen	1 668	1 663	1 596	1 600	1 524	1 684	1 683	1 711
— Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft	190	173	160	164	139	202	234	214
— Maßnahmen gegen Bodenerosion	119	164	145	149	166	162	169	.
Inbetriebnahme von Kapazitäten zur Reinhaltung der Gewässer und der Luft und zur Senkung des Frischwasserverbrauchs								
— Anlagen zur Abwasserreinigung, Mill. Kubikmeter/Tag	7,4	.	6,1	5,4	5,7	5,8	4,0	7,4
— Systeme geschlossener Wasserkreisläufe, Mill. Kubikmeter/Tag	24,3	.	21,1	29,3	23,7	19,0	29,1	27,4
— Gasreinigungs- und Staubfilteranlagen, Mill. Kubikmeter Gas/Stunde	34,5	.	40,5	51,4	34,2	38,1	35,6	30,8
Produktive Grundfonds der Industrie mit Umweltschutzfunktion, am Jahresende, Mrd. Rubel	.	13,7	.	.	17,9	19,2	21,0	.
In vH zu den gesamten produktiven Grundfonds der Industrie	.	2,5	.	.	2,6	2,7	2,7	.
Fläche rekultivierter Böden, Tsd. Hektar	109	118	121	131	140	153	153	.
Schaffung bodenschützender Waldzonen, Tsd. Hektar	49	44	43	35	46	27	39	.

¹⁾ Jahresdurchschnitt.

Quellen: Statistische Jahrbücher der UdSSR. Statistisches Taschenbuch für 1986.

gang seit 1980, so ergibt sich für die Emissionen der Industrie 1986 ein Wert von 62 Mill. t. Hierbei handelt es sich um eine pauschale Zusammenfassung aller Schadstoffe; über die Berechnungsmethoden und den Grad der Vollständigkeit der Erfassung ist nichts bekannt. Die Emissionen des Verkehrswesens dürften bei knapp 20 Mill. t liegen¹⁸.

In 104 Städten, so Gesundheitsminister Tschasow, übersteigt die Schadstoffkonzentration in der Luft die — an den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation orientierten — zulässigen Grenzwerte um wenigstens das Zehnfache. Untersuchungen in zahlreichen Städten verschiedener Regionen zeigten, daß die CO-Immissionen die Grenzwerte im Durchschnitt um das 2- bis 3fache überschritten. In 20 bis 50 vH der Städte sind die Langzeit-Immissionen bei SO₂ und NO₂ höher als erlaubt. Vielerorts ist die Luft durch Phenole, Ammoniak,

Fluor- und Chlorwasserstoff sowie Schwefelwasserstoff verschmutzt. In Wolgograd wird die geistige Behinderung zahlreicher Schüler mit der Luftverschmutzung in Verbindung gebracht, in mehreren anderen Städten der Anstieg der Herzkrankheiten¹⁹. Vor allem in den Industriezentren am Donez und Dnjepr, im Ural und im Kusneck-Becken ist die Luftverschmutzung gravierend. Auf den Bezirk von Donezk, der einen Anteil von 4 vH an der Fläche der Ukraine hat, entfallen 25 vH der Industrieemissionen in dieser Republik, das sind 3 Mill. t²⁰. In Magnitogorsk,

¹⁸ Zur Struktur der Schadstoffemissionen vgl.: Zum Stand des Umweltschutzes in der UdSSR. Bearb.: Ulrich Weißenburger. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 29/1986.

¹⁹ Vgl. Pravda vom 13. April 1987 und 11. Juli 1987.

²⁰ Vgl. Socialisticeskaja industrija vom 22. April 1987.

dem größten Stahlstandort der Welt, emittiert das dortige Hüttenwerk je Einwohner jährlich 2 t, d.h. insgesamt knapp 1 Mill. t²¹. Ähnlich sieht es in Städten wie Saporoschje, Kemerowo oder Nowokusneck aus.

Sorgen bereitet die Entwicklung in einigen Landesteilen, die forciert industrialisiert werden. In Kasachstan sind durch den Bau neuer Kohlekraftwerke die Kraftwerksemissionen von 1981 bis 1985 um 77 vH gestiegen. Die Steppenlandschaft bei Ekibastus ist durch die SO₂-Emissionen bereits erheblich geschädigt²². Als „zeitweise einfach unerträglich“ wird die Luftverschmutzung in der armenischen Hauptstadt Erewan angesehen. Fälle von Embryoschädigungen, Fehlgeburten, Schwangerschaftskomplikationen und Unfruchtbarkeit werden hier auf die „äußerst giftigen Stoffe, die Tag und Nacht in die Atmosphäre der Stadt emittiert werden“, zurückgeführt, vor allem auf die stark toxischen Emissionen (u.a. Chloropren) eines Chemieunternehmens²³. Die Verdreifachung des Kfz-Bestandes in den letzten 15 Jahren hat hier überdies zu einem starken Anstieg des Schadstoffausstoßes durch den Verkehr (60 vH der Gesamtemissionen) geführt²⁴.

Angesichts der Luftverschmutzung sind die Investitionen zur Reinhaltung der Luft überaus niedrig. 1981 bis 1985 waren es durchschnittlich jährlich 180 Mill. Rubel, 5 vH weniger als 1976 bis 1980. In der Ukraine, der Republik mit den höchsten Emissionen je km², sanken sie gegenüber dem vorhergehenden Planjahrfünft sogar um fast 40 vH auf jährlich nur 18 Mill. Rubel²⁵. Erst von 1984 an ist eine Trendwende zu beobachten. Sie bleibt jedoch völlig unzureichend. Um allein in Tscheljabinsk die Emissionen auf ein den festgelegten Grenzwerten entsprechendes Niveau zu senken, müßten nach Schätzungen 216 Mill. Rubel aufgewendet werden²⁶.

Immer noch wird selbst bei neuen Großprojekten der Umweltschutz vernachlässigt. In Astrachan z.B. wurde Ende 1986 ein großer Komplex der Erdgasindustrie ohne die vorgeschriebenen Filteranlagen in Betrieb genommen. Die Konsequenz: Die zulässigen Immissionswerte wurden an einigen Tagen bei SO₂ um das 9fache, bei NO₂ um das 5fache und bei Schwefelwasserstoff um das 14fache überschritten²⁷.

Regionalisierung des Umweltschutzes

Lange Zeit wurde das System der administrativen Zuständigkeiten im Umweltschutz kritisiert. Sie sind auf Unionsebene auf insgesamt 16 Ministerien bzw. Staatskomitees verteilt. Jede dieser Behörden hatte bislang ihre eigenen Kontrollorgane vor Ort. Darüber hinaus existierten in einigen Unionsrepubliken zusätzliche Umweltschutzbehörden, die ebenfalls eigene lokale Dienststellen besaßen. Die Organisation in den verschiedenen Republiken war jedoch sehr unterschiedlich.

Die Hauptschwäche dieses Systems bestand in seinen zahlreichen Kompetenzaufsplitterungen und -überschnei-

dungen. Die Luftreinhaltung wurde von Dienststellen des Staatskomitees für Hydrometeorologie und Umweltkontrolle und der Ministerien für Gesundheit, Chemie- und Erdölanlagenbau sowie Inneres überwacht, von denen die letzten zwei die Arbeit der Filteranlagen und die Verkehrsemissionen kontrollierten. Im Gewässerschutz teilten sich die Ministerien für Melioration und Wasserwirtschaft, für Gesundheit und für Fischereiwirtschaft sowie das Staatskomitee für Umweltkontrolle die Kompetenzen. In der Ukraine z.B. kam als fünfte Behörde jeweils noch das dortige Staatskomitee für Umweltschutz hinzu. Das Tätigkeitsfeld der verschiedenen lokalen Inspektionen war oft identisch, ihre Maßstäbe waren aber nicht immer einheitlich.

Die Rolle der Unionsrepubliken und der nachgeordneten Regionalorgane beim Umweltschutz wird künftig verstärkt. Im Juli 1986 wurde beschlossen, in allen Republiken Staatskomitees für den Umweltschutz und die Regulierung der Nutzung von Naturressourcen einzurichten. Bei ihnen sollen die Kompetenzen in diesem Bereich konzentriert werden. Die Organisationsstruktur auf Unionsebene bleibt zwar unverändert, jedoch werden die lokalen Dienststellen der Unionsbehörden den neuen Staatskomitees unterstellt. Die Kompensationszahlungen und Strafen für Umweltverschmutzung fließen den Haushalten der Republiken und der nachgeordneten Gebietskörperschaften für die Durchführung von Umweltschutzmaßnahmen zu. An den Einnahmen aus der neu beschlossenen Abgabe für Naturressourcen werden die regionalen Budgets gleichfalls beteiligt²⁸.

Derzeit dominiert in der Umweltplanung eine bereichs- und branchenorientierte Vorgehensweise. Diese Form hat sich aber als ineffizient erwiesen. Die Umweltplanung ist kaum mit den anderen Planabschnitten verknüpft, sie berücksichtigt weder die externen Kosten von Umweltverschmutzung noch die externen Erträge durch Umweltinvestitionen. Es fehlen Planziffern für die angestrebte Umweltqualität wie die Reinheit der Luft und der Gewässer. Um diese Defizite auszugleichen, sollen die regionalen Plankomitees „Territoriale Komplexschemata des Umweltschutzes“ ausarbeiten. Sie umfassen eine Bestandsaufnahme der ökologischen Lage in einer Re-

²¹ Vgl. Socialistceskaja industrija vom 3. Juni 1987.

²² Vgl. Narodnoe chozjajstvo Kazachstana 1987. Nr. 5, S. 66 und Socialisticeskaja industrija vom 9. Juni 1987.

²³ Vgl. Literaturnaja gazeta 1987. Nr. 26, S. 13.

²⁴ Vgl. promyslennost', stroitel'stvo i architektura Armenij 1986. Nr. 11, S. 72 ff.

²⁵ Vgl. Die Volkswirtschaft der Ukrainischen SSR 1985. Statistisches Jahrbuch (ukrain.). Kiew 1986, S. 239.

²⁶ Vgl. Izvestija vom 7. Mai 1987.

²⁷ Vgl. Socialisticeskaja industrija vom 14. März 1987.

²⁸ Vgl. Pravda vom 30. Juli 1986, 20. April 1987 und 27. Juni 1987.

gion und ein langfristiges Umweltschutzprogramm. Anfang 1986 waren mehr als 30 dieser „Komplexschemata“ entweder fertiggestellt, oder sie befanden sich in der Projektierungsphase²⁹.

Verstärkte Haftung für Umweltschäden

Der unzureichende Umweltschutz in der UdSSR ist nicht auf das Fehlen von Rechtsvorschriften zurückzuführen. Es mangelte bislang aber an wirksamen Instrumenten zur Durchsetzung der Umweltgesetze und an Entschlossenheit, die vorhandenen rechtlichen Mittel anzuwenden. Die meisten Umweltvergehen wurden überhaupt nicht geahndet, oder es wurde, obwohl die für Umweltschäden vorgesehenen Strafen ohnehin niedrig sind, im Regelfall die Mindeststrafe verhängt.

Die Justiz scheint nunmehr bei der Ausschöpfung ihrer Sanktionsmöglichkeiten konsequenter vorzugehen. In einer Reihe von Unternehmen der Energiewirtschaft, der Eisen- und Buntmetallverhüttung haben die Staatsanwaltschaften in letzter Zeit die Einhaltung der Umweltgesetze kontrolliert und zahlreiche Verstöße festgestellt. 1986 sind von ihnen in 3 800 Fällen Auflagen zur Beseitigung rechtswidriger Zustände gemacht worden, 5 300 Amtspersonen wurden wegen Umweltvergehen disziplinarisch, administrativ und materiell zur Verantwortung gezogen. Teilweise kam es, was früher fast nie der Fall war, zur Anwendung des Strafrechts. In einem am 14. Juli 1987 gefaßten ZK-Beschluß wird die Justiz aufgefordert, Umweltvergehen in Zukunft kompromißlos zu verfolgen³⁰.

Etwas wirksamer ist die Verhängung von Bußgeldern gegen Unternehmen geworden. In der Vergangenheit wurden sie aus dem Bilanzgewinn bezahlt, d.h. zum Teil auf Kosten der Gewinnsteuern. Jetzt müssen sie in voller Höhe aus dem betrieblichen Sozialfonds beglichen werden. Die störfallbedingte Verschmutzung eines Stausees kostete das Hüttenkombinat von Tscherepowez z.B. im Januar 40 000 Rubel, im April kam eine ähnlich hohe Geldbuße hinzu³¹.

Weit einschneidender dürfte sich aber das Ende Juni verabschiedete Gesetz über das staatliche Unternehmen auswirken. Seine Regelungen orientieren sich am Verursacherprinzip. Umweltschutzinvestitionen müssen mit Eigenmitteln und Krediten finanziert werden, nur in Ausnahmefällen ist eine Haushaltsfinanzierung zulässig. Laut Gesetz haben die Betriebe die von ihnen verursachten Umweltschäden zu ersetzen. Dieser Grundsatz war bereits im Juli 1986 in dem Beschluß über die Bildung von Staatskomitees für Umweltschutz auf Republikebene festgelegt worden. Die Zahlungspflicht ist nicht davon abhängig, ob eine Rechtsverletzung vorliegt oder nicht. Auf diese Weise soll ein ökonomisches Interesse der Betriebe an einer Senkung ihrer Emissionen/Abwassereinleitungen sichergestellt werden³². Die Berechnungs- und Zurechnungsprobleme von Umweltschäden sind aber methodisch kaum lösbar, zudem dürfte ihr Umfang die Lei-

stungsfähigkeit der sowjetischen Industrie bei weitem übersteigen.

Zunehmende Transparenz, wachsendes Umweltbewußtsein

Die Fortschritte im praktischen Umweltschutz sind sicher einstweilen nur bescheiden. Sehr viel tiefer geht aber der Wandel in der Herangehensweise an die ökologischen Probleme des Landes. Die Floskel von der Überlegenheit der Planwirtschaft bei der Gewährleistung des Umweltschutzes, die in der Breshnew-Ära häufig zu lesen war, wird ernsthaft nicht mehr vertreten. Ohne jede Beschönigung wird die schwere Schädigung der Umwelt in der UdSSR konstatiert, so von Staatspräsident Gromyko auf der letzten Tagung des Obersten Sowjet. Die Berichterstattung der Presse über die Umweltprobleme einzelner Regionen hat merklich zugenommen. Zwar gab es auch in der Vergangenheit mitunter derartige Artikel. Jetzt werden jedoch auch Zahlen über das Ausmaß der Umweltverschmutzung angeführt, werden ihre gesundheitsschädigenden Folgen konkreter benannt.

Mit der zunehmenden Transparenz entfaltet sich die öffentliche Diskussion um die ökologischen Folgen einzelner Projekte. Derartige Kontroversen haben zwar, wie die Debatte über den Bau des Zellulose-Kombinats am Baikalsee in den sechziger Jahren und die letztendlich erfolgreiche Kritik am Flußumleitungs-Projekt zeigt, gewissermaßen Tradition. Die jetzigen Diskussionen haben aber eine andere Qualität. Im ganzen Land wird über umweltbeeinträchtigende Vorhaben kontrovers diskutiert, über den bereits erwähnten Bau einer Pipeline für die Abwässer des Baikalsee-Zellulose-Kombinats, über die Errichtung zweier Wasserkraftwerke an der Düna und im Altai-Gebirge, über die Entstehung neuer Sowchosen im Gebiet von Kamtschatka³³. Diese Auseinandersetzungen finden Eingang in die Tageszeitungen, wodurch sie sich nicht mehr nur auf eine intellektuelle Öffentlichkeit beschränken.

Anders als früher werden diese Debatten von der politischen Führung ausdrücklich begrüßt. Das neue, Ende Juni vom Obersten Sowjet beschlossene Gesetz „Über die allgemeine Erörterung wichtiger Fragen des staatlichen Lebens“ wurde von Staatspräsident Gromyko nicht zuletzt damit begründet, daß es notwendig sei, die Bevölkerung nicht mehr nur an der Erörterung allgemeiner Umweltschutzgesetze zu beteiligen, sondern auch an der Diskussion über konkrete Maßnahmen zur Beseitigung

²⁹ Vgl. Problemy bol'sich gorodov 1986. Nr. 1, S. 1 ff.

³⁰ Vgl. Socialisticeskaja industrija vom 15. Mai 1987 und Pravda vom 15. Juli 1987.

³¹ Vgl. Sovetskaja Rossija vom 8. Mai 1987.

³² Vgl. Pravda vom 20. April 1987.

³³ Vgl. Izvestija vom 12. Juni 1987 und 2. Juli 1987; Komso-mol'skaja pravda vom 19. Juni 1987.

und Vermeidung negativer ökologischer Folgen bei der Entwicklung von Industrie und Bauwesen.

Daß dies mehr als nur eine Phrase ist, zeigt die Gründung der Vereinigung „Grüner Frieden“, die am 5. Juni, dem internationalen Tag für Umweltschutz, bekanntgegeben wurde. Sie ist ein eigenständiger Teil des Sowjetischen Komitees für Friedenssicherung, als Vorsitzender wurde der Schriftsteller Sergej Salygin gewählt, einer der heftigsten Kritiker des Flußumleitungsprojekts. Aufgabe der neuen Organisation soll es sein, die Einhaltung der Umweltgesetze mit Hilfe der Masseninformation und durch Anzeigen bei der Justiz seitens der Gesellschaft zu kontrollieren. Als Vorbild wird „Greenpeace“ angesehen³⁴.

Die neuen Spielräume werden von der Bevölkerung mitunter schon genutzt. In Kirischi bei Leningrad kam es zu Protesten gegen die Luftverschmutzung durch eine Chemiefabrik, deren Emissionen als Ursache für tödlich verlaufene Krankheitsfälle bei Kindern angesehen wurden. Unterschriften wurden gesammelt, Versammlungen abgehalten. Die Schließung des Werkes und seine „Umprofilierung“ auf eine umweltverträgliche Produktion wurden gefordert. Am 2. Juni wurde die Produktion (zumindest vorläufig) eingestellt³⁵.

Die UdSSR ist sicher nicht auf dem Weg zu einer „grünen“ Politik. Umweltschutz hat immer noch einen nachrangigen Stellenwert, es dominiert die Orientierung am Wachstum der Produktion. Aber die neuen Tendenzen sind mehr als die taktische Reaktion auf eine größere Sensibilität der Bevölkerung für Umweltgefahren seit Tschernobyl. Die sowjetische Führung hat offensichtlich erkannt, daß die externen volkswirtschaftlichen Kosten durch Umweltverschmutzung — Schätzungen zufolge mehrere Dutzend Milliarden Rubel — angesichts ihrer Dimension nicht mehr hingenommen werden können. Ein wirksamer Umweltschutz stößt aber mit Sicherheit auf massiven Widerstand der Industrieministerien und Betriebe. Neben ökonomischem Druck kann daher auch die Herstellung von Öffentlichkeit hilfreich dabei sein, die Einhaltung der Umweltgesetze zu erzwingen. Die neuen Tendenzen im sowjetischen Umweltschutz, so schwach sie einstweilen noch sein mögen, werden nicht nur das ökologische Bewußtsein ändern, sondern auch das gesellschaftliche Klima und die politische Kultur des Landes insgesamt.

³⁴ Vgl. Izvestija vom 5. Juni 1987; Socialisticeskaja industrija vom 8. Juli 1987.

³⁵ Vgl. Leningradskaja pravda vom 5. Juni 1987.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 82 99 10 — Telefax (030) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevalerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner,
Dr. Frieder Meyer-Krahmer, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Peter Ring, Prof. Dr. Werner Rothengatter, Dr. Horst Seidler, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

DDR-Wirtschaft im ersten Halbjahr 1987. Bearbeitet von Doris Cornelsen. —
Neue Tendenzen im sowjetischen Umweltschutz. Bearbeitet von Ulrich Weißenburger.

Verlag: Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 110,—, vierteljährlich DM 35,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.